

## Heute vor 40 Jahren



**19.9.1976: Die Kunst als ein Instrument der Mahnung.** Max Frisch (1911–1991, links im Bild) – «der unerschrockene Mann und geschworene Feind von Selbstzufriedenheit, Vorurteilen und kollektiven Zwängen». Heute vor 40 Jahren verlieh der Börsenverein des Deutschen Buchhandels mit diesen Worten dem Schweizer Autoren den Friedenspreis in Frankfurt am Main. Dabei wurde Frisch speziell dafür ausgezeichnet, dass er seine Kunst als ein Instrument der Mahnung und des Protests für die Rechte des Einzelnen verstand. Foto Keystone

## Einspruch

### Für vernünftiges Wirtschaften, auch in Zukunft

Von Barbara Wegmann

Der Initiative für eine Grüne Wirtschaft wurde von der gegnerischen Seite vieles angehängt: «Zwang, Ökodiktatur, Bürokratiemonster...» Dagegen erhebe ich Einspruch! Heute betreiben wir Raubbau an unseren eigenen Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen. Wir leben massiv über unseren Verhältnissen! Wir brauchen mehr, als nachwachsen kann, und vernichten damit die Lebensgrundlage unserer Kinder und Enkel. Beispiele? Wir zerstören Regenwald und Grünflächen, lassen die Gletscher schmelzen, überdüngen den Boden und laugen ihn gleichzeitig aus, vergiften Luft und Gewässer. Die langfristigen Folgen sind klar: Beschleunigung des Klimawandels, Verlust der Biodiversität, gesundheitliche Schäden und nicht zuletzt weitere Migrationsströme! Können wir dies verantworten? Wollen wir diese gravierenden und unberechenbaren Folgen unserer Nachlässigkeit kommenden Generationen überlassen? Ohne Korrektur werden unsere Nachkommen das wertvolle Ressourcenreservoir der Erde nicht mehr zur Verfügung haben. Unser Verhalten heute, wird sie zu drastischen und unfreiwilligen Einschränkungen zwingen. Die Initiative formuliert daher das einzige vernünftige Ziel für unsere Wirtschaft: nachhaltig mit den vorhandenen Ressourcen umzugehen.

Heute haben wir noch die Wahl – ohne Zwang! Durch Effizienzmassnahmen und die Förderung der Kreislaufwirtschaft können Unternehmen Ressourcen und Produktionskosten einsparen. Aktuelle Zahlen des Netzwerks Ressourceneffizienz Schweiz (Reffnet) belegen dies. Zudem wird durch weniger Ressourcenverbrauch

## Briefe

### Objektivität ist nun gefragt

**Parteien zweifeln an Spitalgruppe beider Basel; BaZ 16.9.16**

Herzliche Gratulation an die beiden Regierungsräte Lukas Engelberger und Thomas Weber! Ihre Fusionspläne im Gesundheitswesen stimmen mich zuversichtlich und sind eine gute Basis für eine erfolgreiche Zusammenarbeit der beiden Halbkantone. Dass jetzt die Parteien überall ein Haar in der Suppe suchen, gehört leider zum Alltag. Parteien sind, wie das Wort sagt, parteiisch! Ich erinnere mich dabei an einen parteiischen Lehrer, einen parteiischen Spielleiter oder sogar an einen parteiischen Richter. In diesen Zusammenhängen ist das Adjektiv sehr negativ besetzt. Es ist deshalb im Zusammenhang mit den Fusionsplänen zu wünschen, dass viele Bürgerinnen und Bürger, aber auch Politikerinnen und Politiker, nicht parteiisch, sondern objektiv an dieses wichtige Staatsgeschäft herangehen!

Hanspeter Jauslin, Muttenz

### Sparen bedeutet Leistungsabbau

Sparen im Gesundheitswesen durch Fusion, Privatisierung, Zentralisierung und ähnliche Rezepte unserer «Gesundheitspolitiker» ist ohne Leistungsabbau, Rationierung und Verschlechterung der Versorgung nicht möglich! Was bedeutet das für jeden von uns (wir sind ja alle zukünftige Patienten oder Patientinnen)? Weniger Notfall-Stationen bringen zum Beispiel noch längere Wartezeiten. Oder: Schwangere, die sich für die Geburt in der Klinik A (etwa die UFK) entschieden und angemeldet haben, dort auch den Informationsabend und womöglich den Geburtsvorbereitungskurs besucht haben, wenden sich bei Einsetzen der Geburtswehen vertrauensvoll an die Hebammen der Klinik A. Dort wird ihnen mitgeteilt, der Gebärsaal sei zurzeit wegen (personeller) Überlastung zum «Aufnahmestopp» gezwungen; sie sollen sich deswegen in den Gebärsaal der Klinik B (wie Bethesda) begeben. Dies passiert tatsächlich regelmässig! Wegen Überlaufeffekten ist

dann auch bald einmal die Klinik B überlastet. Dort rät man den unter Wehen stehenden (!) Frauen in der Klinik C (Liestal) im Nachbarkanton oder inskünftig gar im nahen Ausland (warum nicht? – zumal erst noch billiger) zu gebären. Wie war das noch mal mit der freien Spitalwahl? Und ob dadurch tatsächlich die versprochenen 70 Millionen Franken gespart werden können, steht noch in den Sternen.

Nenad Pavic, Basel

### Grüne Insel Schweiz?

**Initiative Grüne Wirtschaft; BaZ diverse**

Immer wieder kritisieren Linke und Grüne, dass die Schweiz sich von Europa isoliere. Und nun stimmen wir über die Volksinitiative Grüne Wirtschaft ab, die aus diesem Lager lanciert wurde – und die unser Land tatsächlich in eine ökologische Insel verwandelt, wenn sie angenommen wird. Sie würde unseren Alltag massiv verändern. Ohne rigorose Zwangsmassnahmen liessen sich deren Ziele nicht erreichen.

Und wer trägt die Kosten? Natürlich der arbeitende Mittelstand und die Rentnerinnen und Rentner. Und was nützt es der Umwelt? Nichts! Denn produziert wird dann anderswo. Darum stimme ich am 25. September Nein zum extremen Vorhaben der Grünen.

Walter Gurtner, Däniken  
Gemeinde- und Kantonsrat SVP

### Über Zwangsjacken und teures Gejammer

Wenn uns die Gegner der Grünen Wirtschaft etwas beweisen wollen: Jammern und Angst schüren ist einfacher, als Probleme anzugehen. Oder wie soll man es sich sonst erklären, dass das bürgerlich geprägte Parlament keinen Gegenvorschlag zur Initiative zustande gebracht hat?

Die Initiative geht die bevorstehenden Probleme der Ressourcen-Knappheit pragmatisch an und setzt erfüllbare Ziele bis ins Jahr 2050. Eine ab 2030 drohende Knappheit von Rohstoffen, sowohl bei Nahrungsmitteln wie auch

bei Produktionsmitteln wie seltenen Erden, die für elektronische Geräte gebraucht werden, kann zu einer wirtschaftlichen Depression und zu Unruhen führen. Es ist deshalb wichtig, dass wir unseren Verbrauch reduzieren und den Einsatz der vorhandenen Mittel verbessern. Nur so können wir langfristig unseren Wohlstand für eine breite Bevölkerungsschicht aufrechterhalten. In unserer egoistisch geprägten Zeit an Selbstverantwortung zu glauben ist pure Augenwischerei, das zeigen schon die absurd hohen Löhne unserer Wirtschaftselite.

Hansjürg Bühler, Liestal

### Eisbären in der Antarktis?

**Im Privatjet zu Kängurus und in die Oper; BaZ 15.9.16**

Wer hat wohl schon einen Eisbären in der Antarktis gesehen? Das Angebot an Nahrung dürfte dort, im Gegensatz zur Arktis, wo die Eisbären leben, ideal sein mit den vielen Pinguinen, die nicht schnell genug davonrennen könnten.

Barbara Buchmann, Basel

### Die Effekte sind eben nicht die gleichen

**«Das ist Wahlkampf, aber das ist gut so»; BaZ 16.9.16**

Es ist unverständlich, warum Eva Herzog (SP) tatsächlich will, dass immer weniger Menschen in unserem Kanton Steuern zahlen – schliesslich baut unser Staat darauf, dass ihn möglichst alle stützen. Mit dem Regierungsvorschlag, den Steuerfreibetrag zu erhöhen, würden nämlich noch weniger Menschen überhaupt Steuern bezahlen. Im Gegensatz zur CVP-Initiative, bei der der Mittelstand direkt profitiert, da die Krankenkassenprämien vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden können. Die Effekte seien so «ziemlich die gleichen», sagt Herzog. Während mittelständische Familien mit der CVP-Initiative gut und gerne 2000 Franken pro Jahr sparen, sind es mit dem Regierungsvorschlag lediglich 450 Franken. Die rot-grüne Regierung könnte auch einfach dazu stehen, dass sie den Mittel-

stand nicht spürbar entlasten – sondern langfristig noch mehr schröpfen will.

Patrick Huber, Riehen  
Einwohnerat CVP

### Herzog will Mittelstand nicht entlasten

Tatsache ist doch, dass die CVP-Initiative, die den Abzug der Krankenkassenprämien verlangt, jene Personen entlasten will, die Steuern und ihre Krankenkassenprämien bezahlen. Diese Menschen sind in den letzten Jahren zu kurz gekommen, denn sie sind der Mittelstand. SP-Regierungsrätin Herzog will genau diese Menschen nicht entlasten, sagt das aber nicht offen. Sie will den Steuerfreibetrag erhöhen, was dazu führt, dass noch mehr Menschen keine Steuern mehr bezahlen. Und wer stemmt dann genau einen noch grösseren Anteil der Steuerlast? Genau – der Mittelstand!

Christine Lutz, Basel

### Der FCB ist im Angriff harmlos

**Geerntet, was gesät worden war; BaZ 15.9.16**

Im Bezug auf die internationalen Spiele sollte die Taktik neu ausgerichtet werden. Beim Spiel gegen Ludogorez war der FCB mehrheitlich im Angriff, jedoch ohne das Tempo zu variieren. Wenn die gegnerische Mannschaft mit allen Mitteln das eigene Tor abschirmt, ist es erforderlich, die Angriffe schneller auszuführen und über die Flügel anzugreifen. Leider hat der FCB nur Renato Steffen, der mit seinem fulminanten Antritt Löcher in die Verteidigung reisen kann. Aber er sollte mehr unterstützt werden dabei, und leider fehlt auf der anderen Seite (s)ein Pendant. Zudem muss Marc Janko mehr mit hohen Bällen «gefüttert» werden.

Nun kommt aber der entscheidende taktische Hinweis: Man kann nicht ununterbrochen das Spiel nach vorne suchen. Der FCB sollte gerade gegen Gegner, die nur auf einen schnellen Konter lauern, sich ab und zu in die eigene Platzhälfte begeben. Also dem Gegner die Verteidigungsarbeit wegnehmen.

René von Rohr, Füllinsdorf

### Ohne Korrektur werden unsere Nachkommen das wertvolle Ressourcenreservoir der Erde nicht mehr zur Verfügung haben.

die Unabhängigkeit vom Ausland verringert und so der Werkplatz Schweiz gestärkt. Der sorgfältige Umgang mit Ressourcen stellt für die Unternehmen also eine Chance dar.

Umso befremdlicher ist da die Kampagne der Economiesuisse. Mit erschreckend destruktiven Scheinargumenten versucht sie die Bevölkerung hinter Licht zu führen. Dabei läuft unsere Wirtschaft Gefahr, abgehängt zu werden: Weltweit investieren Länder und Unternehmen in die Forschung und Entwicklung von Cleantech-Innovationen für die Zukunft. Damit wir den Anschluss nicht verpassen und auch in Zukunft noch wirtschaften können, müssen Anreize und Investitionssicherheit geschaffen werden. Und genau dies fordert die Initiative Grüne Wirtschaft.

Wir haben keinen Plan(et)en B. Es ist höchste Zeit die Weichen zu stellen: Für ein klares Ja zur Grünen Wirtschaft am 25. September!

Barbara Wegmann, Basel, Vizepräsidentin Grüne BS, Projektleiterin Nachhaltigkeit

### An unsere Leserinnen und Leser

Wir veröffentlichen Briefe sowie Kommentare, die uns über baz.ch, Facebook (facebook.bazonline.ch) oder Twitter (@bazonline) erreichen. Über nicht veröffentlichte Briefe wird keine Korrespondenz geführt. Die Briefe sollten sich auf BaZ-Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen. Bitte senden Sie die Briefe mit vollständigem Namen, Adresse und Telefonnummer (für Rückfragen). Vielen Dank.

**http://verlag.baz.ch/leserbrief**  
oder per E-Mail: **leserbrief@baz.ch**  
Postadresse: Basler Zeitung,  
Leserbriefe, Postfach 2250, 4002 Basel